

Elena M. Fischli

Tatort Luzern – oder wem gehören unsere Städte? – 1975

.....

Die Vorgeschichte dieses Films zeigt sowohl die Beharrlichkeit Karl Saurers im Verfolgen wichtiger Anliegen wie auch seinen bürgernahen Ansatz, der das eigene Filmschaffen stets als Beitrag zu einem demokratischen Meinungsbildungsprozess verstand. Wie bei all seinen Filmen belässt er es auch in Tatort Luzern oder wem gehören unsere Städte nicht bei der Analyse und Kritik von Gewordenem, sondern gibt Denkanstösse und stellt Handlungsalternativen vor.

Im Dezember 1971 sieht Karl Saurer in München im «Staatlichen Museum für angewandte Kunst» die vom Architekten und Städteplaner Josef Lehmbruck und Museumsleiter Wend Fischer gestaltete Ausstellung PROFITOPOLI oder: Der Mensch braucht eine andere Stadt. Für den «Tages-Anzeiger der Stadt Zürich» und weitere Zeitungen in der Schweiz schreibt er ausführliche Besprechungen darüber. Überzeugt von der Brisanz des Themas begeistert er auch einen Kollegen, der in München Architektur und Städtebau studiert. Kurz darauf gründen Claus Niederberger und er mit weiteren Studienkollegen die Arbeitsgruppe für Mensch und Umwelt und zeigen wenige Monate später im Frühling 1972 die Ausstellung in abgeänderter und ergänzter Form an bedeutungsträchtiger Ort im Herzen Luzerns – «in den Ruinen des 1971 abgebrannten Luzerner Hauptbahnhofs». Im Bestreben, eine möglichst breite Bevölkerungsschicht für städtebauliche Anliegen und demokratische Planungsprozesse anzusprechen, wird die Schau ausserhalb von Museumsräumen präsentiert.

Für die Ausstellung erarbeiten sie einen speziell für Luzerner Verhältnisse abgestimmten Fragebogen, um Meinungen und Vorschläge der Stadtbevölkerung zu eruieren. Die Ausstellung soll ein Forum sein für Diskussion und Austausch zur lokalen Stadtbefindlichkeit.

Der Erfolg ist unerwartet: In vierzehn Tagen wird die Schau von über 12'000 Personen besucht und über 4'000 Fragebogen werden ausführlich beantwortet. Das Schweizer Radio berichtet zweimal über *PROFITOPOLIŠ*, Zeitschriften in der ganzen Schweiz besprechen die Ausstellung, das Fernsehen strahlt einen zehnminütigen Beitrag aus und informiert folgendermassen:

«Der Citykern von Luzern wird umstrukturiert. Architekten und Planer arbeiten daran. Wir hätten Mitspracherecht. Wissen wir es nicht? Die Organisatoren der Ausstellung möchten erkunden, wie die Luzernerinnen und Luzerner ihre Stadt haben möchten. Sie fordern auf, an der Planung mitzudenken, die Zukunft mitzugestalten. Denn wenn die Bevölkerung nicht mitredet in einer Demokratie, wird sie überplant.»¹¹

Angestossen durch Chefredaktor Otmar Hersche übernimmt die Tageszeitung «Vaterland» die materiellen Unkosten der Ausstellung und die Computerauswertung der Fragebogen.

In sechs Wochenend-Ausgaben der Zeitung werden die Resultate publiziert. Der Befund ist deutlich: Die Bevölkerung will in der Tat bei der städtischen Raumplanung mehr mitreden und formuliert wichtige Anliegen. Rückmeldungen kamen von allen Altersgruppen. Besonders rege meldeten sich die Generationen der bis dreissigjährigen Frauen und Männer. Ein erschreckend hoher Prozentsatz – 86% aller Befragten – sah Meinung, Wünsche und Vorschläge aus der Bevölkerung in der Planung bislang ungenügend berücksichtigt. 83% aller Voten fanden die Luzerner Innenstadt zu wenig fussgängergerecht; 87% waren der Meinung, der Stadtverkehr gefährde Kinder und Betagte. Das Auto verdränge die Fussgänger, immer mehr Flächen würden für Parkplätze oder Parkhäuser genutzt. 95% bemängelten ungenügend freie Spielräume in Wohnnähe, 91% wünschten die Schaffung vermehrter Grünzonen in der Innenstadt auf Kosten von Verkehrsflächen. 94% forderten wieder mehr generationenübergreifende Begegnungsräume im Stadtgefüge. So erstaunt es nicht, dass sich ebenfalls 91% eine Verkehrsbeschränkung in der Innenstadt und grössere autofreie Fussgängerzonen wünschten; eine markante Mehrheit, nämlich 94%, sprach sich für eine Sperrung der Altstadt, der Reuss- und Seezonen für den Verkehr aus und forderte gleichzeitig einen besseren Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Schnellstrassen wollten 95% der Befragten aus der City an den äusseren Stadtrand verlegen. Dort sei auch der angemessene Raum für Parkplätze zu schaffen. Als Ursache für die Verdrängung von Wohnraum in der Innenstadt wurden von 78% Bodenspekulation und Bodenwucher angegeben – und fanden, es müssten gesetzliche Gegenmassnahmen ergriffen werden.¹²

**Die Bevölkerung
will bei
Raumplanung
mehr mitreden**

Das Fazit, das Saurer und seine Mitstreiter daraus ziehen: Eine Planung, die diesen Bedürfnissen Rechnung trägt, ist dringend nötig. Gegenüber Grundeigentümern, Kapitalanlegern und der Industrie müssten Stadtplaner im Interesse der Bevölkerung das gemeinsame Wohl höher gewichten als Einzelinteressen finanzstarker Firmen, Bauherrschaften und Investoren. Behörden müssen die Bevölkerung transparenter und stärker in Planungsprozesse miteinbeziehen. In Stadtentwicklung und Raumplanung besteht ein Demokratie-Defizit. Als Beispiel für ein Planen mit Bewohnerinnen und Bewohnern wird die Stadt Baden im Kanton Aargau angeführt. Im Herbst 1963 lehn-

ten dort die Stimmbürger ein Projekt zur Lösung der Verkehrsführung rund um den Bahnhof ab. Aufgrund dieser Opposition entstand ein öffentlicher Planungsprozess, bei dem ein neues städtisches Leitbild mit einer Strukturierung des Bahnhofsviertels in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung erarbeitet wurde.

Das Schweizer Fernsehen findet die Ergebnisse der Umfrage dermassen exemplarisch, dass der Redaktor Gerhard Camenzind auf Karl Saurer zukommt und ihn mit einem Film zur Luzerner Stadtsituation beauftragt. «Die Wahl fiel deshalb auf Luzern, weil damit Planungsvorhaben zur Diskussion gestellt werden, die nicht schon als versteinerte Sachzwänge von der Stimmbevölkerung nur noch per Stimmzettel formaldemokratisch zu sanktionieren sind.»¹³ Der Bahnhofbrand, so die Autoren, lasse mehr als nur oberflächliche Verbesserungen beim Wiederaufbau zu. Er eröffne die Chance einer wertvollen Denkpause zugunsten einer echten städteplanerischen Alternative, die nicht vordringlich auf die Wahrung des Verkehrsflusses in der Stadtmitte fixiert sei.

Im Herbst 1974 liegt ein Drehbuch mit dem Arbeitstitel «Herzoperation einer Stadt» vor, dem intensive Recherchen zur Stadtentwicklung Luzerns seit dem 19. Jahrhundert von Claus Niederberger vorausgegangen sind. Das Drehbuch hat Versäumnisse vergangener Planung, neuralgische Probleme der gegenwärtigen Stadt und einen innovativen Vorschlag für ein verkehrsberuhigtes und bewohnerfreundliches Luzern zum Inhalt.¹⁴

Die Dreharbeiten werden im Frühling 1975 abgeschlossen. Der Programmdirektion missfällt jedoch die unmissverständliche Kritik an der Übermacht von Wirtschaftsinteressen bei der Stadtgestaltung. Zu einem «milderen» Kommentar in «sachlicherer Tonlage» lassen die Autoren sich aber kaum ein. Dass ausgerechnet das Ende des Films gestrichen werden soll, akzeptieren sie erst recht nicht. Dieser Schluss führt nämlich eine erfolgreiche Aktion der jüngeren Regionalgeschichte vor Augen: Ein Bürgerkomitee entscheidet Mitte der sechziger Jahre den Kampf um den Erhalt eines Naherholungsraums für sich und fordert mit einem «Marsch» in die Innenstadt Luzerns von der Regierung «die Verhinderung der spekulativen Verschandelung».¹⁵

Am 21. August 1975 wird der Film zu bester Sendezeit ausgestrahlt. Im ersten Teil zeigt er das Erscheinungsbild der Luzerner Innenstadt Mitte der siebziger Jahre: Ein steter Verkehrsmoloch wälzt sich unaufhörlich durch die Stadt und über die Seebücke, verdrängt Fussgänger und erzeugt einen ständigen Lärmteppich. Es wird sichtbar, was «City» nun heisst: Banken, grosse Versicherungssitze und Bürohäuser, Verwaltungsgebäude, Parkhäuser, Einkaufs- und Geschäftshäuser sowie Tourismus-Infrastrukturen. Wohnraum wurde grösstenteils aus der Innenstadt verdrängt oder zu Erwerbsräumen umfunktioniert. Da die Räume für Wohnen, Arbeiten und Erholen getrennt wurden und es immer weniger durchmischte Stadtzonen gibt, kam es unweigerlich zu grösseren Pendlerströmen.

Der Film zeigt zudem das Unterlaufen einer guten Quartierplanung im Tribschengebiet am linksseitigen Ufer des Vierwaldstättersees. Dort war einst ein grosser öffentlicher Stadtpark mit Seeanstoss geplant sowie Wohnraum und Gewerbeflächen in ausgewogenem Verhältnis. Der Film zeichnet die jahrzehntelange Entwicklung nach, in der bewohnerfreundliche und ökologisch wertvolle Pläne für das Quartier unter krasser

**City heisst: Banken,
Versicherungen,
Kaufhäuser, Ver-
waltungsgebäude,
Parkgaragen**

Missachtung gesetzlicher Vorgaben privatwirtschaftlichen Interessen geopfert wurden. Trotz Mangels an preisgünstigem Wohnraum und trotz Bebauungsplänen für eine Durchmischung von Industrie, Wohnungen und Erholungszonen wurden Wohnungen abgerissen zugunsten einer Betonfabrik, eines Kieswerks und Autofriedhofs mitten an schönster Lage am See.

Ein Kernstück des Films stellt die oben erwähnte Möglichkeit einer «Herzoperation» der Stadt vor: Diese schlägt die Verlegung des Hauptbahnhofs in das Gebiet der Luzerner Allmend und der Kaserne vor. Damit verbunden werden Vorschläge für eine neue Verkehrsführung, welche die Innenstadt erheblich entlasten würden. Die alte Bahnhofhalle könnte als Markthalle genutzt werden, für ein Jugendzentrum, einen Kinderhort, für Musik- und Atelierräume, Cafés und Treffpunkte. Leider steht zur Zeit der Ausstrahlung des Films schon praktisch fest, dass eine Bahnhofsverlegung für die Behörden nicht in Frage kommt. Und bereits hat eine weitere Reihe von Parkhäusern in der Innenstadt die Baubewilligung erhalten ...

Wem gehören unsere Städte also? Den Wirtschaftskreisen mit ihren direkten und indirekten Interessensvertretern in den Kommissionen und Behörden? Den potenten privaten Unternehmen und Investoren? Was legen Zentren nahe, die zumeist nur noch aus Ladengeschäften, Büros, Banken, Hotels, Luxusgalerien und Versicherungsgebäuden bestehen?

«Der Film zeigt diskret, aber für schweizerische Verhältnisse provokativ, wie die Machtpositionen in der Planung verteilt sind: Der Stadtrat, die Planungsbürokratie und die Wirtschaft haben die starken Machtpositionen, die Mieter und die Bürger haben die schwache Position.»¹⁶ Resignation oder blosses Verharren in der Kritik ist aber nicht Sache der Autoren des Films. Es erstaunt deshalb nicht, dass sie am Ende ihrer Arbeit sowohl die einzelnen Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich zusammenzuschliessen, um ihre Teilhabe an der Stadtgestaltung mit aller Deutlichkeit anzumelden. Sie sollen ihre demokratischen Rechte geltend machen, um ihre Interessen und ihre Mitsprache einzufordern. Und die Behörden werden daran erinnert, dass Raumplanung nicht nur ein demokratischer Prozess, sondern ein Recht ist. Die städtebauliche Weiterentwicklung braucht die Mitbestimmung der Bevölkerung.

Der Film zeigt, wie die Machtpositionen in der Planung verteilt sind

Der Film erregt nach der Erstausrahlung grosses Aufsehen und löste eine «Riesendiskussion» aus, wie sich Karl Saurer später erinnert. Die Schweizer Medien publizieren zahlreiche Diskussionsbeiträge. Die Baudirektoren der Kreisdirektion SBB Luzern, der Stadt und des Kantons erheben jedoch schriftliche Einsprache beim Schweizer Fernsehen: städtebauliche Probleme würden übertrieben, die offiziellen Standpunkte von Behörden und Bahn kämen zu wenig zum Zug, die alternativen Planungsvorschläge seien unrealistisch. Viele Luzernerinnen und Luzerner hingegen begrüssen die klare Analyse und den Diskussionsvorschlag, mit Alternativen im Städtebau Zustände zu ändern, «die sie schon resigniert akzeptiert hätten».¹⁷ Die Zeitungsrezensionen attestieren dem Film, er hätte Planungsprobleme und die Notwendigkeit einer bürgernahen Planung landesweit deutlich gemacht.¹⁸ Aufgrund der grossen Publikumsresonanz findet einen Monat später eine Zweitausrahlung mit anschliessendem Podiumsge-

sprach statt, welches das Schweizer Fernsehen in ganzer Länge live sendet.¹⁹ Leider wird der exemplarische Planungsvorschlag von der Politik und der Verwaltung jedoch nicht als Chance für eine grundsätzliche Neuorientierung und urbane Optimierung begriffen.

Inzwischen sind bald fünfzig Jahre vergangen – und die Situation hat sich in vielerlei Hinsicht nicht wesentlich verändert, im Gegenteil. Resignation und Akzeptieren unbefriedigender urbaner Situationen sei jedoch keine gute Option, meinen die Autoren im Gleichklang mit dem griechischen Staatsmann Perikles: «Wer an den Dingen einer Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller Bürger, sondern ein schlechter.»²⁰ Die Aufforderung zur Einmischung in die Gestaltung der gemeinsamen Umwelt hat nichts an Gültigkeit verloren.

